

Der Westen beabsichtigt Energie-Selbstmord: Wird das Erfolg haben?

geschrieben von Chris Frey | 16. Oktober 2020

Der Indizienbeweis für gesellschaftlichen Selbstmord

Das erste Beweisstück ist ein erstaunlicher Artikel, der letzte Woche in der *Boston Review* von einem Professor für Anthropologie an der *Rutgers University* veröffentlicht wurde. Der gute Professor meinte, dass Simbabwe und Puerto Rico „Modelle für das liefern, was wir als ‚Stillstands‘-Elektrizität [*pauseful electricity*] bezeichnen könnten“. Der Westen, so fuhr er fort, habe eine riesige Infrastruktur für die Erzeugung und den Verbrauch von Elektrizität rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr geschaffen. Da diese auf „den Planeten zerstörenden fossilen Brennstoffen und Atomkraft“ beruht, müssen wir den oben genannten armen Ländern nacheifern und das Klima retten, indem wir die Nachfrage nach der konstanten Versorgung mit Elektrizität aufgeben.

Fairerweise muss man aber auch den Professor mit den Worten zitieren, dass die Simbawer und Puerto-Ricaner die Stromrationierung nicht akzeptiert haben, sondern durch die grobe Fahrlässigkeit und Korruption ihrer Regierungen aufgezwungen wurden. Der Professor kann nicht leichtfertig entlassen werden, und die *Boston Review* teilt ihren Sitz mit dem MIT und der Harvard-Universität, den Tempeln der Weisheit in der modernen westlichen Zivilisation. Und die Zeitschrift hat ihren Anteil an Anerkennung, zumindest für diejenigen, die einer bestimmten Überzeugung angehören: „Wenn es darum geht, neue und generative Ideen zu veröffentlichen, ist der *Boston Review* einmalig“, so Robin D. G. Kelley, Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität von Kalifornien, Los Angeles. Und Naomi Klein, Aktivistin und Bestsellerautorin der *New York Times*, meint: „Der *Boston Review* ist im Moment so gut.“

Kommen wir nun zu unserem zweiten Beweisstück, diesmal von der anderen Seite des Komplexes „Klima-Notstand“. Professor Fritz Vahrenholt ist ein Gigant in der Umweltszene von Deutschland. (Das Land ist bekanntlich der weltweit führende nationale Vorkämpfer für alles, was mit Umwelt zu tun hat und dafür, dass Europa sich für „Netto-Null-Emissionen bis 2050“ einsetzt). Prof. Vahrenholt ist promovierter Chemiker und begann seine berufliche Laufbahn im Umweltbundesamt in Berlin (zuständig für die chemische Industrie), bevor er ins hessische Umweltministerium wechselte. Von 1984 bis 1990 war er Staatssekretär für Umwelt, von 1991 bis 1997 Minister für Energie und Umwelt des Landes Hamburg.

Einen Tag vor der Veröffentlichung des Artikels im *Boston Review* am 5. Oktober erklärte Prof. Vahrenholt in einem deutschen Fernsehinterview klipp und klar, dass die Klimawissenschaft „politisiert“, „übertrieben“

und voller „Phantasie“ und „Märchen“ sei. Er verkündete: „Das [Pariser] Abkommen ist bereits tot. Putin sagt, es sei Unsinn. [...] Die Amerikaner sind draußen. Die Chinesen müssen gar nichts tun. Es ist alles auf eine Handvoll europäischer Länder konzentriert. Die Europäische Kommission steckt massiv mit drin. Und ich sage voraus, dass sie die Ziele nur erreichen wird, wenn die europäischen Industrien zerstört werden“. Er beschimpfte Deutschland als ein Land, „das die breitere globale Debatte über die Klimawissenschaft verleugnet“. Weiter charakterisierte er Europas jüngsten Vorstoß für noch strengere Emissions-Reduktionsziele als Wahnsinn, der mit der sowjetischen Planwirtschaft vergleichbar sei, die zum spektakulären Scheitern verurteilt sei.

Das materielle Beweismaterial

In diesem Stadium könnte der Verteidiger gegen den Vorwurf des gesellschaftlichen Selbstmordes durchaus vor den vorsitzenden Richter springen und sagen: „Genug, Euer Ehren, das sind nur Indizienbeweise! Zeigen Sie dem Gericht den Beweis!“ Die Geschworenen könnten nämlich durchaus der Vermutung zustimmen, dass es sich trotz der gewichtigen Referenzen der beiden Professoren immer noch um bloße Personen handelt, die naturgemäß zu Übertreibungen oder Überspitzung neigen könnten. Wo sind die Beweise dafür, dass die Gesellschaft von der sprichwörtlichen Brücke springt?

An dieser Wende im Gerichtsverfahren könnte die Anklage, möglicherweise mit stillschweigendem Vertrauen in ihren Fall von gesellschaftlichem Selbstmord, sagen: „Lassen Sie uns nun über die Indizien hinausgehen und in den Bereich der substantiellen Beweise gehen, Euer Ehren... Lassen Sie mich nun zum Beispiel Deutschland selbst kommen“. In einer Analyse von 126 Ländern, die kaufkraftbereinigte Daten verwendet hat, rangiert Deutschland im internationalen Ranking (dem höchsten in Europa) bei den Strompreisen für Haushalte auf Platz 16. Bei den meisten Ländern mit noch höheren Preisen handelt es sich um krisengeschüttelte Entwicklungsländer wie Ruanda, Sierra Leone und Burkina Faso, in denen sich manche Menschen Strom überhaupt nicht leisten können, oder um isolierte Inselstaaten wie Vanuatu, die Cook-Inseln und Tonga. Den Daten für März 2020 zufolge lag der Strompreis für Haushalte in Deutschland bei 0,38 Dollar pro Kilowattstunde (kWh), verglichen mit 0,15 Dollar für US-Haushalte, 0,17 Dollar für Schweden, 0,21 Dollar für Frankreich und 0,26 Dollar im Vereinigten Königreich.

Deutschland hat tausende Hektar seiner alten germanischen Wälder gefällt und opfert seine gefährdeten Vogel- und Fledermausarten auf dem Altar des Grünen Gottes, indem es tausende von Windmühlen-Kruzifixen mit Armen aus erdölbasierten glasfaserverstärkten Epoxid- oder Polyesterharzen weiht, die in erdgasbetriebenen Öfen hergestellt werden. Seine Motoren benötigen seltene Erden wie Dysprosium, Neodym und Praseodym, die mit fossilen Brennstoffen gewonnen werden. Windmühlen werden auf Tausenden von Tonnen von Stahlbetontürmen mit Zement und Stahl gebaut, die in intensiv mit fossilen Brennstoffen betriebenen Fabriken hergestellt

werden. Am beunruhigendsten ist die Feststellung des führenden deutschen Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, dass im Jahr 2014 17% aller deutschen Haushalte aufgrund einer „Energiekosten-Explosion“ in Armut leben. Seitdem sind die durchschnittlichen Strompreise für einen Drei-Personen-Haushalt in den letzten 15 Jahren um fast 68% gestiegen, weil die Grünen die Atomreaktoren, Erdgas- und Kohlekraftwerke des Landes in aller Eile abgeschaltet haben [oder abschalten wollen].

Wenden wir uns einem weiteren führenden Beispiel für gesellschaftlichen Selbstmord zu. Es handelt sich um Kalifornien – von überbesteuerten und belagerten Kleinunternehmen manchmal ausgesprochen humorlos als „Volksrepublik Kalifornien“ bezeichnet – das jahrzehntelang ausschließlich von der Demokratischen Partei geführt wurde. Laut dem Ingenieur Ronald Stein „erhöhen Kaliforniens grüner Kreuzzug und seine Maßnahmen die Kosten für Strom und Brennstoffe, was das Wachstum der Obdachlosigkeit, von Armut und Sozialhilfe garantiert und die Krise der Erschwinglichkeit von Wohnraum weiter anheizt“.

Kalifornien, die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, importiert heute den größten Teil seines Rohöls aus Übersee (da die Förderung seiner reichlich vorhandenen lokalen Ölressourcen praktisch verboten ist), und es importiert fast ein Drittel seines Stroms aus den Nachbarstaaten (da Atom- und erdgasbetriebene Kraftwerke nach und nach per Gesetz abgeschaltet werden). Zwischen 2011 und 2017 stiegen die kalifornischen Strompreise fünfmal schneller als in den übrigen USA, und heute zahlen die Kalifornier im Durchschnitt 60 Prozent mehr für Strom für Haushalte, Gewerbe und Industrie als der Rest des Landes. Mit wiederholten Stromausfällen hat sich Kalifornien selbst einen Status der Dritten Welt zuerkannt. In der Tat scheint der Staat den Rat des bekannten Anthropologieprofessors der Rutgers University vorweggenommen zu haben.

In einem bemerkenswerten Moment der Offenheit sagte Gouverneur Gavin Newsom Mitte August, dass die Abkehr des Bundesstaates von fossilen Brennstoffen ein Faktor ist, der zu den Stromausfällen im Bundesstaat beiträgt. Die Abschaffung von Produkten aus fossilen Brennstoffen und die Umstellung auf Sonnenenergie, Windmühlen und andere Formen grüner Energie hat zu dem geführt, was Newsom als „Lücken“ in der Zuverlässigkeit des Energienetzes bezeichnete. Zu allem Überfluss unterzeichnete der Gouverneur am 23. September eine Durchführungsverordnung, die den Verkauf neuer benzinbetriebener Fahrzeuge innerhalb von 15 Jahren verbietet, um die Luftverschmutzung zu verringern und die Ziele des Bundesstaates zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die Umweltschutzbehörde (EPA) übermittelte dem grünen Gouverneur dieses auf gesundem Menschenverstand beruhende Urteil: „Kaliforniens Rekord an Stromausfällen – in Größe und Umfang beispiellos – in Verbindung mit den jüngsten Stromnachfragen an die Nachbarstaaten wirft die Frage auf, wie Sie eine Elektroautoflotte betreiben wollen, die mit einem erheblichen Anstieg des Strombedarfs einhergeht, wenn Sie heute nicht einmal die Lichter eingeschaltet lassen können.“

Aber es geht um die Rettung des Planeten!

Zu diesem Zeitpunkt würde der Verteidiger an den obersten moralischen Schiedsrichter aller energiepolitischen Debatten appellieren: „Wir müssen den Planeten retten!“. Dies, so wird die Verteidigung abschließend feststellen, ist alles, was es zu diesem überlangen Gerichtsstreit zu sagen gibt. „Wir begehen keinen Selbstmord, Euer Ehren, aber wir tun unser Bestes, um diesen überstürzten Ansturm auf genau den Selbstmord zu vermeiden, den der Staatsanwalt so drastisch missversteht“. Und mit einem Paukenschlag legt die unerschrockene Verteidigung ihren Fall mit der Enthüllung der Hockeyschläger-Graphik der drohenden globalen Katastrophe für maximale Wirkung auf die Geschworenen zu den Akten.

Aber die Anklage hat noch einen Pfeil in ihrem Köcher. Die Anklägerin zieht die Arbeiten des Nobelpreisträgers William Nordhaus zu Rate – dessen bahnbrechende Arbeit über die Ökonomie des Klimawandels ihm die Auszeichnung einbrachte – und stellt fest, dass die beste aktuelle Forschung zeigt, dass die Kosten des Klimawandels bis zum Ende des Jahrhunderts, wenn wir nichts unternehmen, weniger als 4% des globalen BIP betragen werden. Das bedeutet, wie der Bestsellerautor der New York Times, der „umweltskeptische“ Autor Björn Lomborg es ausdrückt, „dass die Einkommen, anstatt bis 2100 auf 450% zu steigen, vielleicht 'nur' auf 434% steigen werden.“ Aber „wie können wir dieser Behauptung trauen“, könnte ein Geschworener oder der Richter selbst fragen. „Nun, so sehr wie man dem Hockeyschläger-Diagramm trauen kann“, kommt die unvermeidliche Antwort. Aber wie kann man einem langfristige Prophezeiungen zeigenden globalen Temperaturdiagramm vertrauen, das auf wundersame Weise die gut dokumentierten historischen römischen und mittelalterlichen Warmzeiten mit Temperaturen, die so hoch wie (oder höher als) heute sind, auf wunderbare Weise einfach eliminiert hat?

Ultimative Resolution: Das Volk wird handeln

In diesem Stadium könnte ein Zuschauer dieses Gerichtsdramas durchaus verärgert die Hand heben und sagen, dass eine unfähige Jury unvermeidlich ist. Aber während dies in unserem theoretischen Gerichtssaal der Fall sein könnte, wird es im wirklichen Leben zwangsläufig eine Lösung geben. Es ist nichts Theoretisches daran, dass die unaufhaltsame Kraft des Klima-Alarmismus auf das unbewegliche Objekt der Bindung der Menschen an ihren gewohnten materiellen Lebensstandard trifft. Und solche Entschließungen finden in verschiedenen Teilen der Welt in Echtzeit statt und könnten durchaus die Frühindikatoren dafür sein, ob Europa und vielleicht auch die USA nach Trump voraussichtlich gesellschaftlich Selbstmord zu begehen.

Vielleicht eines der markanteren Beispiele für eine Lösung zeigte sich bei den nationalen Wahlen 2019 in Australien, wo der von den Mitte-Rechts-Liberalen geführte Premierminister Scott Morrison trotz aller Meinungsumfragen, die einen leichten Sieg der Labour-Partei

vorhersagten, an der Macht blieb. Die Wahlstrategie der oppositionellen Labour-Partei, Klima-Alarmismus und Anti-Kohle-Gesetzgebung zur Schlüsselfrage zu machen, schlug bei dem von vielen als „Klimawahlen“ bezeichneten Urnengang fehl. Ein australischer Kommentator bemerkte dazu: „Wie man die unverlierbare Wahl verliert: Anti-Kohle sein“. Der US-Wahlumsturz von 2016 weist ebenfalls einige Parallelen auf. Die gescheiterte Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton behauptete, dass sie es am meisten bedauere, dass sie den „Krieg gegen die Kohle“ von Ex-Präsident Obama verdoppelt habe, und erklärte in ihrem Wahlkampf, dass „wir viele Bergarbeiter und Kohleunternehmen aus dem Geschäft bringen werden“.

Die Jury ist sich einig: Das moderne Wirtschaftswachstum hat in keinem einzigen Fall gezeigt, dass sich ein Land erfolgreich ohne den gleichzeitigen Einsatz fossiler Brennstoffe entwickelt, und die einfachen Menschen auf der ganzen Welt sind sich dessen voll bewusst.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2020/10/11/the-west-intends-energy-suicide-will-it-succeed/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE